

Es reicht! Raus aus dem dreckigen Ölgeschäft!

Grüne für Autobahn-Baustopp, CO2-Steuer, Aus für neue fossile Kraftwerke und Pipelines

Eva Glawischnig, Christiane Brunner, Gabriele Moser, Mai 2010

Die Grünen starten eine Offensive für einen Ausstieg aus dem teuren und dreckigen Öl-, Gas- und Kohlegeschäft. Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist der traurige Höhepunkt vieler Ölkatastrophen (siehe Anhang 3) und zeigt ganz klar: die Ölwirtschaft ist eine schwer beherrschbare Risikotechnologie, die nicht nur für den Klimawandel sondern auch für großflächige Zerstörung ganzer Ökosysteme verantwortlich ist. Ein Ausstieg aus der Ölwirtschaft ist nicht nur auf Grund des verheerenden ökologischen Zerstörungspotentials ein Gebot der Stunde, sondern auch als Antwort auf die Klima-, Budget- und Wirtschaftskrise notwendig.

Die österreichische Bundesregierung blockiert seit Jahren den Umstieg auf erneuerbare Energieträger, setzt mit Autobahnen, Pipelines und fossilen Kraftwerken weiter voll auf Öl, Gas und Kohle und vergibt damit die Chancen auf zehntausende neue Jobs und eine Reduktion der milliardenschweren fossilen Energieimporte nach Österreich. SPÖ und ÖVP schaden damit dem Wirtschaftsstandort Österreich. Ganz abgesehen von den drohenden Strafzahlungen von bis zu einer Milliarde Euro, weil Österreich als EU-Schlusslicht seine Klimaziele verfehlt.

Während der Finanzminister ein riesiges Sparpaket schnürt, um das Budget zu sanieren und dabei auch zentrale Zukunftsprojekte wie Bildung, Forschung, Unis und den Umwelt- und Klimaschutz kaputt sparen will, werden milliardenteure Autobahnprojekte nicht in Frage gestellt. Während für die Förderung neuer Ökostromanlagen gerade mal 21 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen sind, will die Regierung bis 2015 sieben (!) Milliarden Euro in Autobahn und Schnellstraßenprojekte investieren. Darunter verkehrspolitisch sinnlose Megaprojekte wie die Lobauautobahn (S1, Wien, NÖ; Kosten 1,7 Mrd.), die Schnellstraßenprojekte S36/S37 (Kärnten, Steiermark; Kosten: 1 Mrd. Euro), die S8 (NÖ, Marchfeldschnellstraße; Kosten: 600 Mio. Euro), die S7 (Burgenland; Kosten: 550 Mio. Euro) und der Linzer Westring (A26, OÖ; Kosten für 4 (!) km: 530 Mio. Euro)¹.

Die Abhängigkeit von Erdöl ist im Straßenverkehr besonders hoch. 79 Prozent des gesamten importierten in Österreich verbrauchten Erdöls werden für den Verkehr verwendet. Der Straßenverkehr ist großer Hemmschuh beim Klimaschutz, ein Viertel der CO₂-Emissionen gehen auf sein Konto. Pkw- und Lkw-Verkehr sind die größten Klimasünder. Im Straßenverkehr fehlt Kostenwahrheit. 2009 zahlte der Straßenverkehr 6,4 Mrd. Euro an Steuern, verursachte aber Kosten von 16,6 Mrd. Euro (Quelle: VCÖ).

Fallbeispiel Burgenland: Für Schnellstraßen und Autobahnen sind im Burgenland bis 2013 insgesamt 750 Mio. Euro verplant. Im Vergleich dazu werden bundesweit für die weitaus Arbeitsplatz-intensivere thermische Sanierung gerade einmal 50 Mio. Euro ausgegeben. Das

¹ Quelle: Ministerratsvortrag vom 24.2.2010; (noch nicht beschlossen, siehe Anhang 2)

entspricht im Burgenland ca. 3km Autobahn. Oder: mit 750 Mio. Euro könnte man jedem zweiten burgenländischen Haushalt einen neuen Heizkessel schenken.

Ein Stopp der sinnlosen Autobahn- und Schnellstrassenprojekte ist daher eine Schlüsselmaßnahme nicht nur für einen Ausstieg aus dem dreckigem Ölgeschäft, sondern auch für die Bewältigung der Krise. Die dadurch freiwerdenden Mittel können, investiert in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in Bildung und Forschung, umweltfreundliche Alternativen schaffen und ein vielfaches an Arbeitsplätze schaffen.

Das Grüne 7-Punkte-Paket für den Ausstieg aus der dreckigen Ölwirtschaft

1. Baustopp für in Planung befindliche Autobahnen und Schnellstrassen
2. Kein Neubau oder Wiederinbetriebnahme von Kraftwerken, die mit Öl, Gas oder Kohle betrieben werden
3. Stopp österr. Beteiligungen an internationalen Gas- und Ölpipelineprojekten
4. Einführung einer CO2-Steuer
5. Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Straßen
6. Abschaffung von Haftungsobergrenzen für Konzerne bei Öl- und Atomunfällen (EU-Initiative)
7. Abschaffung aller Subventionen aus Steuergeld für die Ölwirtschaft, insbesondere Streichung der Förderungen für Öl- und Gasheizungen.

Es reicht! Raus aus dem dreckigen Ölgeschäft!

Anhang 1

Der Öl-Gau im Golf von Mexiko

Genau vor einem Monat, am 20. April 2010, ist die BP Bohrinself "Deepwater Horizon" explodiert und hat elf Mitarbeiter in den Tod gerissen. Zwei Tage später ist die Plattform vor der Küste Louisianas im Meer verunten. Seither schießen aus Lecks in 1.500 Meter Tiefe laut offiziellen Angaben täglich (!) ca. 1 Million Liter Rohöl ins Meer. Unabhängige Forscher gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen geschönt sind und tatsächlich die zehnfache Menge Öl freigesetzt wird. Der Öl-Gau im Golf von Mexiko hat mittlerweile fast die Dimension der schlimmsten Ölpest in der Geschichte der USA erreicht: 1989 sind beim Unfall des Öltankers Exxon Valdez in Alaska über 40 Millionen Liter Öl ausgetreten. Bis zu 675.000 Seevögel, 3.500 Seeotter (etwa 10 Prozent der Gesamtpopulation) 300 Robben sowie 22 Orcas (Schwertwale) und unzählbare Fische verendeten. 2100 Kilometer Küste wurden verseucht. Die Auswirkungen sind noch immer zu spüren, der Hering und auch einige Vogelarten haben sich auch nach 21 Jahren noch nicht erholt.

Der Ölteppich im Golf von Mexiko hat mittlerweile die Küste erreicht. Dutzende Kilometer des hochsensiblen Marschlandes sind bereits zerstört worden. "Dort ist alles tot", sagte Billy Nungesser, der Vorsteher der Gemeinde Plaquemines Parish, dem US-Sender NBC. Der Ölteppich zerstört das Schwemmland Zentimeter für Zentimeter und werde in den kommenden Wochen und Monaten weiter an die Küste gespült (21. Mai, ORF.ON).

Riesige Naturschutzgebiete mit einer immensen Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten sind von der Zerstörung bedroht. Die Ölpest trifft mit der beginnenden Brut- und Laichsaison vieler Arten zusammen, so dass sich die ökologischen Schäden potenzieren. Auch das Mississipidelta, ein einzigartiger Hotspot für Artenvielfalt ist bedroht. Neben den Umweltschäden ist auch der wirtschaftliche Schaden enorm. Im Golf von Mexiko wurde ein Fischfangverbot verhängt, Fischerei- und Tourismusindustrie rechnen mit Verlusten in Milliardenhöhe. Dass es bislang noch kaum Bilder von ölverschmierten Vögeln gibt liegt daran, dass BP gigantische Mengen an Chemikalien ins Meer geleert hat, um das austretende Öl unter der Oberfläche zu halten und zu verhindern, dass es an die Küste getrieben wird. Forscher sprechen von einem riskanten „Großversuch“ im Golf von Mexiko und haben „eine schockierende Menge Öl im tieferen Wasser“ entdeckt (Spiegel Online, 17.5.2010). Warnungen der Forscher, dass durch das riskante Experiment riesige Ölmengen unter Wasser in den offenen Atlantik hinausgetrieben werden könnten, scheinen sich zu bestätigen. Laut Angaben von Meereswissenschaftlern hat der Ölteppich eine starke Meeresströmung erreicht, die den Dreck nun nach Kuba und Florida spült (Spiegel Online, 18.5.2010). Die starke Meeresströmung könnte den Ölfilm sogar weiter die Ostküste der USA und anschließend mit dem Golfstrom über den Atlantik sogar bis nach Europa spülen, befürchten Experten (21.5., ORF.ON).

Kaum Kontrollierbare Risikotechnologie

Die beispiellose Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zeigt deutlich: die Ölförderung in der Tiefsee ist eine nicht kontrollierbare Risikotechnologie. Getrieben vom gigantischen Öldurst der Weltwirtschaft überschreitet die Ölindustrie Grenzen, die nicht überschritten werden sollten, sie geht über Leichen, sie vernichtet ganze Ökosysteme, sie beraubt zehntausende Menschen in der Fischerei- und Tourismusbranche ihrer Lebensgrundlage.

Die gesunkene BP-Ölplattform im Golf von Mexiko ist eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes für die angrenzenden US-Bundesstaaten, für die in den Küstenregionen lebende Bevölkerung, für die Tier- und Pflanzenwelt. Und der Öl-Gau ist noch mehr: er ist ein Symbol für die Verantwortungslosigkeit der ums Überleben kämpfende Ölindustrie. Die knapper werdenden Ölreserven und der steigende Ölpreis, der durch die Wirtschaftskrise nur zwischenzeitlich gedämpft wird, ermutigt die Ölkonzerne zu immer riskanteren Ölförderungsprojekten in immer sensibleren Lebensräumen mit immer katastrophaleren Auswirkungen auf die Umwelt. Auf Teufel komm raus wollen die Konzernbosse die verbliebenen Ölfelder ausbeuten, getrieben von Aktienkursen und ohne Rücksicht auf Verluste. Die nächste Ölpest ist nur eine Frage der Zeit.

Schuldzuweisungen statt Verantwortung

Wenn die Katastrophe eintritt, setzen die Öl-Bosse auf gegenseitige Schuldzuweisungen und Ausflüchte, statt Verantwortung zu übernehmen. So geschehen bei einer Anhörung im US-Senat am 11. Mai 2010. Dort hat der Chef von BP-America auf mehrfache Nachfrage der Senatoren nach Schadenersatzzahlungen immer mit dem selbem Stehsatz geantwortet, dass „alle *legitimen* Ansprüche der Geschädigten bezahlt würden“. Welche Ansprüche „legitim“ und welche nicht legitim seien, darauf gab es Ausflüchte statt Antworten (Spiegel Online, 12. Mai 2010). Die Ölbosse verdienen sich mit riskanten Erdölbohrungen goldene Nasen, wenn sich jedoch zeigt, welch dreckiges Geschäft sie betreiben, stehlen sie sich aus der Verantwortung. Experten schätzen die Gesamthöhe der Kosten für die Ölkatastrophe auf 14 Milliarden US-Dollar. BP wird nur einen geringen Teil davon selbst bezahlen müssen.

Wie bei Griechenland- und Eurokrise werden jene, die Mitschuld tragen kaum einen Beitrag leisten müssen, die Verantwortung wird auf die Allgemeinheit abgewälzt. Der Großteil der Schadenssumme wird – wie schon bei den zahlreichen Ölkatastrophen davor - von den Staaten getragen werden, da es lächerlich geringe Obergrenzen für die Haftung der Konzerne gibt. Diese liegt derzeit bei 75 Millionen Dollar (rund 61 Millionen Euro, Standard, 20.5.2010). Der Jahresgewinn des britischen Ölkonzerns 2008 betrug knapp 20 Mrd. Euro (Fokus, 3.2.2009). Allein im ersten Quartal 2010 hat der Ölkonzern sechs Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Die Kosten für die Katastrophe wird BP zudem über viele Jahre verteilen. Nach der Katastrophe des Öltankers Exxon Valdez dauerten die gerichtlichen Entschädigungsverfahren zwei Jahrzehnte (OÖN, 5. Mai 2010).

Österreichs Verantwortung im dreckigen Ölgeschäft

Auch die österreichische Wirtschaft, das österreichische Verkehrswesen, die heimische Energieversorgung ist Teil der riesigen Maschinerie, die abhängig von Erdöl ist wie ein Alkoholiker vom Schnaps. Jedes Jahr verbraucht die Menschheit so viel Öl, wie in einer Million Jahre entstanden ist. Dabei werden nicht nur bei Ölkatastrophen regionale Ökosysteme großflächig vernichtet, auch ohne Ölunfälle werden die Weltmeere jährlich mit einer Million Tonnen Öl verreckt, etwa durch das Waschen von Tanks auf offenem Meer. Und: jährlich werden durch das Verbrennen von Öl, Gas und Kohle in Automotoren, Fabriken und Heizungen mehr als 30 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre geblasen, mit verheerenden Folgen der dadurch ausgelösten Erderwärmung. Österreich ist ganz vorne dabei auf der traurigen Liste der Klimasünder, von allen Staaten Europas ist Österreich dank einer verfehlten Politik von SPÖ und ÖVP am weitesten von der Erreichung seiner Klimaziele entfernt.

Der „Alkoholiker Weltwirtschaft“ hat längst einen Leberschaden und verwüstet auf der Suche nach dem letzten Tropfen lieber die eigene Wohnung als auf Entzug zu gehen. Die Katastrophe im Golf von Mexiko macht klar: ein Entzug ist dringend nötig und er ist möglich, die Rezepte für die Therapie der Ölsucht sind längst ausgestellt: der Umstieg von fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle auf erneuerbare, umweltschonende und nachhaltige Energieträger ist längst nur mehr eine Frage des politischen Mutes. Die Konzepte für eine Energiewende liegen seit langem bereit, auch wenn

Vertreter der Öl-Lobby wie OMV-Boss Ruttensdorfer immer noch behaupten, an Gas und Öl führe auch in den nächsten Jahrzehnten kein Weg vorbei, denn erneuerbare Energien seien derzeit noch nicht präsent genug (www.derboersianer.com, 15.5.2010). Was fehlt ist der Mut der Regierungen. Statt die Rolle der Ärztin, des Therapeuten zu erfüllen und den Patienten dabei zu unterstützen, von seiner Sucht los zu kommen, sind die Regierungen Teil des Spiels, getriebene von Großkonzernen und Aktienkursen. Die Hilf- und Mutlosigkeit der Regierungen erinnert an ihre Schwäche beim Kampf gegen die Auswüchse der Finanzmärkte.

Jenen Staaten die bei der Energiewende vorangehen, eröffnen sich riesige Chancen: auf neue grüne Arbeitsplätze, auf Unabhängigkeit von immer teureren fossilen Energieimporten, auf Technologieführerschaft, auf leistbare Energiepreise für die BürgerInnen, die Öl und Gas längst nicht mehr garantieren können. SPÖ und ÖVP weigern sich seit Jahren konsequent, diese Chancen zu ergreifen. Ihnen fehlt der Mut, konsequent das Richtige zu tun, auch wenn man sich dabei mit großen Energiekonzernen anlegen muss.

Österreich am Öltropf – ÖVP im Ölgeschäft

Auch Österreich hängt am Öltropf. Die Bundesregierung verhält sich wie viele Suchtkranke: die Krankheit wird schönegeredet, wird weggebetet, mit Greenwashing und Schlagworten wie „Green jobs“ der Eindruck erweckt, man bemühe sich ohnedies vom Öl wegzukommen. Wer genau hinschaut, sieht, dass SPÖ und ÖVP nichts tun, um von der zerstörerischen Ölsucht wegzukommen. Die Regierungsparteien spielen weiter mit bei einem System und machen sich damit mitschuldig an Katastrophen wie im Golf von Mexiko.

Da passt es auch ins Bild, dass es geradezu ein Austauschprogramm zwischen hochrangigen VertreterInnen der Regierungsparteien und Aufsichtsräten diverser Konzerne, aktuelles Beispiel: Die Wahl von Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel in den Aufsichtsrat von RWE im April 2010. RWE ist nicht nur die treibende Kraft hinter den deutschen Bemühungen um den Abkehr vom Atomausstieg, ihre 100%-Tochter „RWE Dea“ ist ein wichtiger Player im Explorationsgeschäft von Erdöl und Erdgas. Dass Schüssel immer noch für die ÖVP im Nationalrat sitzt ist eine krasse Unvereinbarkeit.

OMV – Ölgeschäfte ohne Verantwortung

Auch Österreichs Paradeunternehmen, die OMV, zu 31,5 % via ÖIAG im öffentlichen Eigentum, verdient kräftig mit am dreckigen Geschäft mit dem Öl und ist dabei wenig zimperlich. Von 2001 bis 2003 förderte sie als eine der ersten westlichen Firmen Öl im Sudan ein. Zu diesem Zeitpunkt herrschte dort seit einem halben Jahrhundert Krieg. Mehrere Millionen Menschen verhungerten oder wurden getötet. Laut UN-Angaben hat die Öl-Exploitation zu einer Verschlimmerung des Konfliktes geworden, der schließlich auch zu einem Krieg um Öl geworden sei. (<http://www.markenfirmen.com/presse/sudan.htm>, FR, 2002).

Gelernt hat die OMV offenbar nichts aus diesen Erfahrungen. 2007 schließt das Unternehmen einen umfangreichen Gas-Deal mit dem menschenrechtlich geächteten Iran ab. Die USA und protestieren scharf und drohen mit Sanktionen (Die Presse, 24.4.2007) Die umstrittene, unter Federführung der OMV geplante Nabucco-Pipeline, wird jedenfalls ihre Kapazität von gut 30 Mrd. Kubikmeter jährlich, ohne Gaslieferverträge mit Staaten wie dem Iran nicht erreichen können. Geplant sind bislang Gasverträge mit Turkmenistan und Aserbaidschan – Länder gegen die Russland wie ein demokratisches Idyll wirkt. Auch an der russischen Konkurrenz-Pipeline Southstream, mit der noch einmal die doppelte Menge Gas transportiert werden soll, ist die OMV beteiligt.

Energiepolitik a la SPÖ und ÖVP: Fehlentwicklungen

Österreichs Energieverbrauch hat sich seit 1970 verdoppelt. Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 4,12 Tonnen Rohöl liegen wir über dem EU-Durchschnitt von 3,70 t. Österreich muss 70% der im Inland benötigten Energie aus dem Ausland importieren. Die Auslandsabhängigkeit der österreichischen Energieversorgung liegt deutlich über dem Durchschnitt der EU(27)-Länder. Bei Erdöl sind wir mit mehr als 90% besonders stark von Importen abhängig. Österreichs Energieabhängigkeit wird immer teurer: mehr als 11 Milliarden Euro fließen Jahr für Jahr für Energieimporte ins Ausland ab. Die enormen Kosten für Energieimporte werden weiter steigen, wenn nichts getan wird. Denn der Ölpreis liegt, gedämpft durch die Wirtschaftskrise, derzeit bei vergleichsweise „niedrigen“ 70 US-Dollar pro Barrel (zur Erinnerung: Anfang 2002 lag der Ölpreis bei 20 US-Dollar). Zieht die Weltwirtschaft wieder an, wird von Experten ein Ölpreis jenseits der 100 US-Dollar-Marke erwartet, auch 200 Dollar werden als möglich bezeichnet. Sowohl Brennstoff- als auch CO₂-Kosten werden steigen. Nicht mitgerechnet bei Österreichs Ölrechnung sind die drohenden Strafzahlungen von bis zu einer Milliarde Euro auf Grund der Verfehlung der Klimaschutzziele.

Eine Bundesregierung, die angesichts dieser Befunde nicht handelt, riskiert sehenden Auges in ein wirtschaftspolitisches Desaster zu steuern.

Die Liste der Versäumnisse und Blockaden der Bundesregierung wiegt schwer:

- Öffentliche Förderungen für neue Öl- und Gasheizungen sind weiter an der Tagesordnung, obwohl es im Raumwärmebereich ausreichend erneuerbare, heimische Alternativen gibt. Diese Förderungen werden z.T. direkt aus den Länderbudgets (wie derzeit im Rahmen der Burgenländischen „Sanierungsoffensive 2010“) vergeben oder über Unternehmen mit Bundesbeteiligung.
- In ihrer unambitionierten Energiestrategie setzt die Bundesregierung weiter auf Technologien von vorgestern und verbrennt dabei Milliarden. Beispiele: Nabucco- und South-Stream-Gas-Pipelines, sowie der weitere Ausbau von Erdgasspeichern sind Milliardenprojekte, die uns auf Jahrzehnte auf teure und klimaschädliche Gasimporte festlegen. Auch eine *Steigerung* des österreichischen Kohleverbrauchs bis zum Jahr 2020 ist vorgesehen sowie die Anerkennung der gefährlichen und höchst umstrittenen CO₂-Abscheidungstechnologie.
- Die heißen Eisen werden von der Bundesregierung aus Angst, ihre Klientel in der Wirtschaft zu verprellen gar nicht erst angefasst. So fehlen in der Energiestrategie konkrete Pläne zur ökologischen Steuerreform. Es fehlt ein klares Ausstiegsszenario aus den fossilen Energieträgern. Zahlreiche entbehrliche Schnellstraßen- und Autobahnprojekte wie z.B. A26 Linzer Westring, A5, S7, S31, S34, S36/37), die unsere Abhängigkeit vom Öl zementieren werden nicht angetastet. Eine Neubewertung dieser und andere Projekt im Rahmen eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes fehlt.
- Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien bleibt die Bundesregierung weit unter den Möglichkeiten. Österreich bleibt in der Ölfalle sitzen. Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen nicht bei uns, sondern anderswo. In Deutschland sind allein durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz in den letzten Jahren 280.000 Arbeitsplätze neu entstanden. In Österreich hat die Regierung ein funktionierendes Ökostromgesetz Stück für Stück kaputt-novelliert bis im September 2009 mit den Stimmen der FPÖ der faktische Stillstand beim Ökostromausbau in Österreich besiegelt wurde. Die 52.000 Arbeitsplätze (Statistik Austria 2010) in der österreichischen Ökostrombranche sind nicht wegen sondern trotz der Regierungspolitik entstanden.

Tausende weitere Arbeitsplätze in der Erneuerbaren Branche werden verhindert. Die sozial Schwachen sitzen als erste in der Ölpreisfalle – wir können uns diese Politik nicht mehr leisten.

Große Chance Energiewende nutzen

Der Ausstieg aus Öl-, Gas- und Kohle ist nicht nur der Königsweg im Klimaschutz sondern auch ein Schlüssel zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Investitionen in erneuerbare Energien, Wärmedämmung. Öffentlichen Verkehr können in den nächsten Jahren zehntausende neue grüne Arbeitsplätze schaffen und die teure Abhängigkeit von fossilen Energieimporten deutlich reduzieren.

Bereits ein Bruchteil der in Österreich vorhandenen Potenziale an Wind, Sonnenstrahlung, Wasserkraft, Biomasse, und Erdwärme reichen aus, um den Energiebedarf zu decken. Die erforderlichen Technologien stehen zur Verfügung. Jetzt kommt es darauf an, die politischen und rechtlichen Grundlagen für den Boom der erneuerbaren Energien zu schaffen und uns aus der Abhängigkeit des dreckigen Ölgeschäfts zu befreien.

Anhang 2

Auszug aus „VORTRAG AN DEN MINISTERRAT betreffend ÖBB-Rahmenplan und ASFINAG Bauprogramm 2010 – 2015“ vom 24.2.2010 (Anm.: war am 9.3.2010 auf der TO des Ministerrats, wurde dort aber nicht beschlossen, sondern wieder von der TO genommen)

ASFINAG Bauprogramm 2010 -2015 - Wesentliche Neu- und Ausbautvorhaben			
Projekte	Baubeginn vorauss.	Verkehrsfreig. vorauss.	Gesamtkosten [in Mio. €]
S1 Schwechat - Süßenbrunn (Anm.: Lobauautobahn)	2011	2018	1.676
S3 Weinviertler Schnellstraße, Hollabrunn Süd-Guntersdorf	2012	2014	183
S 7 Riegersdorf – Dobersdorf- Heiligenkreuz	2010	2014	549
S8 Marchfeld Schnellstraße	2011	2018	595
S10 Abschnitt Unterweikersdorf - Freistadt Nord (B310)	2009	2015	740
S31 Oberpullendorf - B 61	2010	2011	25
S33 Donaubrücke Traismauer	2007	2010	170
S34 Traisental Schnellstraße	2012	2014	170
S35 Abschnitt Zlaten – Mautstatt (Nordabschnitt)	2005	2010	203
S36 Judenburg - St. Georgen	2010	2013	323
S36 St. Georgen-Scheifling	2010	2013	175
A5 Schrick – Staatsgrenze	2011	2014	400
A9 Bosrucktunnel 2. Röhre	2007	2013	212
A10 Umweltentlastungsmaßnahmen Zederhaus Ort	2013	2015	67
A12 Tschirganttunnel	2011	2017	204
A14 Pfändertunnel 2. Röhre inkl. Sanierung 1. Röhre	2006	2013	218
A23 Kn. Hirschstetten - Kn. Raasdorf (S1)	2012	2016	428
A24 Variante ASt S 1	2013	2015	20
A26 Westring Linz Süd inkl. Donaubrücke	2010	2015	527

Anmerkung: die Auflistung beinhaltet nicht alle geplanten Straßenbauprojekte. Insgesamt sind im Zeitraum 2010 bis 2015 Investitionen in der Höhe von ca. 7 Mrd. Euro für den Aus- und Neubau von Autobahnen und Schnellstraßen vorgesehen.

Anhang 3

Die schwersten Tanker- und Ölplattformunfälle der letzten Jahre (Auswahl)

2010 „Deepwater Horizon“ Ölplattform, Golf von Mexiko, gesunken 2010, 11 Tote. Ölaustritt und Umweltfolgeschäden noch nicht absehbar.

2009 Förderplattform Montara, Brand und Ölaustritt vor **Australischer Küste**, Ölteppich bedroht die Australische Küste

2007 Usumacinta (Ölplattform), **Golf von Mexiko**, 22 Tote

2005 Mumbai High North (Ölplattform), Unglück vor der **Indischen Küste**, 12 Tote, Millionen Liter Rohöl treten aus, treffen jedoch nicht auf die Küste

2002 Öltanker "PRESTIGE" verbricht vor **Galicien**, ca. 77 000 Tonnen Schweröl, fast 3000km französische und spanische Küste verseucht, 2500 Seevögel getötet.

2001 Petrobras 36 (Ölplattform), gesunken vor der **Brasilianischen Küste**, 11 Tote, Es entstand ein riesiger Ölteppich, der aufs offene Meer trieb

2000 Port Sulphur, Louisiana, Frachterunfall auf dem **Mississippi**. 13.500 Barrel (1,58 mio. Liter) Rohöl laufen aus - die bis dahin größte Menge seit dem Unglück der "Exxon Valdez" 1989 vor der Küste von Alaska.

1999 Öltanker "ERIKA" havariert vor **Bretagne**, ca. 30 000 Tonnen Schweröl, 150.000-300.000 Seevögel getötet.

1996 Öltanker "SEA EMPRESS" havariert vor **Wales**, ca. 70 000 Tonnen Öl Schweröl verseuchen 200km Küste

1996 Moonstone Beach, Rhode Island, Tankschleppkahn fängt Feuer, mehr als 20.000 Barrel (2,35 mio. Liter) Heizöl laufen vor der Küste aus. Zehn Millionen Hummer werden getötet, das Fischen in dem Gebiet wird für mehrere Monate verboten

1990 Bolsa Chica State Beach, Kalifornien, Ölfrachter verliert rund 7100 Barrel (0,8 mio. Liter) Rohöl, 20 Kilometer langer Ölteppich verseucht eines der größten Naturschutzgebiete Süd-Kaliforniens.

1989 Öltanker „EXXON VALDEZ“, Alaska ca. 42 000 Tonnen Rohöl verseuchen 2100 km Küste. 250.000 bis 675.000 Seevögel, 3.500 Seeotter (etwa 10 Prozent der Gesamtpopulation) 300 Robben sowie 22 Orcas (Schwertwale) und unzählbare Fische werden getötet.

1988 Piper Alpha (Ölplattform), abgebrannt in der **Nordsee**, 167 Tote. Das Öl ist hier nur abgebrannt, es entstand kein Ölteppich der das Ufer erreichte

1982 Ocean Ranger (Ölplattform), gesunken im **Nordwest-Atlantik**, 84 Tote

1980 Alexander L. Kielland Halbtaucherbohrinsel, gekentert in der **Nordsee**, 123 Tote

1976 Buzzards Bay, Massachusetts, Tankerunfall, 183.000 Barrel (21 mio. Liter) Treibstoff laufen in den Atlantik

1969 Union Oil Platform A explodiert 10 km vor der Küste von Santa Barbara, **Kalifornien** 80.000 Barrel Rohöl laufen aus, mehr als 50 Kilometer Küste verseucht, tausende von Meerestieren und Vögeln getötet.